Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 16. November 1880. Nr. 538.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 15. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¾ Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Bitter und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Abg. Graf Schmising-Kerssenbrock, Vertreter des Wahlkreises Lüdinghausen-Beckum-Warendorf seit dem Jahre 1873, ist gestorben. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Abg. Frhr. v. Huene (Centrum) spricht gegen die Vorlage, indem er zunächst den Etat des Kultusministeriums einer Kritik unterzieht. Dieser Etat wächst in der Höhe der Ausgaben von Jahr zu Jahr mehr an; die Kommunen würden in exorbitanter Weise herangezogen. Ueberall in Oberschlesien erheben sich große Schulpaläste, wo früher nur Hütten gestanden. Die Regierung trete mit immer neuen Forderungen hervor. Es sei endlich Zeit, hier ein Halt zu gebieten, die Gemeinden könnten größere Lasten nicht tragen. Wohlberechtigte Ansprüche der Lehrer würde auch das Centrum nicht zurückweisen; aber fast scheine es, als solle dieses Gebiet fort und fort ein Agitationsgebiet bilden. Für die Katholiken sei der Geistliche in erster Linie Führer des Volks, erst in zweiter Linie komme der Lehrer. Die Kosten im Kultusetat würden sich sehr bald vermindern, wenn man sich nur entschließen wollte, den Kulturkampf aus der Welt zu schaffen; zahlreiche Etatspositionen, wie der Schulinspektor ꝛc., würden sofort aus dem Etat verschwinden. — Die Gerichtskosten müßten vermindert werden. Der Etat der Eisenbahnverwaltung erfordere eingehende Prüfung, bis dahin müsse er sich die Entscheidung vorbehalten. Was die Wirthschaftspolitik anlange, so würde man die Erfolge derselben abwarten müssen. Die frühere konnte nicht länger aufrecht erhalten werden. Was den Steuererlaß anlange, so mache er doch darauf aufmerksam, daß den hohenzollernschen Landen dieser Erlaß nicht zu Gute kommen würde, da diese gar keine Klassen- und Einkommensteuer hätten. Diese hätten aber doch ebenfalls Anspruch auf den Steuererlaß. Daß die Regierung zu der Maßregel das Recht habe, gebe er zu, daß sie aber auch die Pflicht habe, wie der Herr Finanzminister behauptet, müsse er bezweifeln. Ihm scheine zu dem Steuererlaß es an jeder materiellen Grundlage zu mangeln. Das Centrum müsse sich auch in dieser Frage die Entscheidung vorbehalten. Die Steuerreform anlangend, habe der Abg. Richter in sehr einseitiger Weise die Interessen der großen Städte vorangestellt; ohne Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuer sei jeder Steuererlaß ungleichmäßig. Eine Bevormundung kommunaler Selbstständigkeit, wie sie Richter hinsichtlich der den Kommunalverbänden zu überweisenden Steuern vorgeschlagen, könne er nicht annehmen. Redner spricht für Verweisung des Etats an die Budgetkommission. (Bravo im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode (kons.) spricht zunächst seine Freude über die versöhnende Haltung des Centrums aus, die eine gemeinschaftliche Arbeit ermögliche. Redner bemängelt die Verwaltung unter dem Ministerium Camphausen. Er erinnert an die erhebliche Steigerung der Ausgaben im Kultusministerium, dessen Etat ein Mehr von 30 Millionen Mark nachweise. Das sei in 10 Jahren doch eine exorbitante Mehrausgabe. Er erinnert ferner daran, daß unter dem Ministerium Camphausen die laufenden Staatseinnahmen um 35 Millionen sich verringert hätten. Und was die Beliebtheit des Herrn Camphausen bei der Börse anlange, so habe sich doch bekanntlich die Börse in der Zeit der Milliarden sehr wohl befunden. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Rickert aus Danzig. Dem Herrn Richter erwidert er, daß, wenn derselbe von Skatchausseen gesprochen, die Fortschrittspartei schwerlich auf denselben fahren werde. (Heiterkeit bei den Konservativen.) (Abg. Richter ruft: Das soll auch ein Witz sein!) Wenn Herr Rickert sich darüber beklagt habe, daß die „Nordd. Allg. Ztg." die Rede des Herrn Richter gegenüber der des Herrn von Heyden so mangelhaft behandelt habe, so verweise er nur darauf, daß die „Danziger Zeitung" dem Herrn Richter 3¼ und Herrn von Heyden nur ⅓ Spalte gewidmet habe. Ein Berliner größeres anständiges Blatt habe einmal einen längeren Vortrag von ihm mit den Worten erledigt: „Abg. von Minnigerode begeisterte sich für die Regierungsvorlage". Den Steuererlaß erachtet die konservative Partei als eine demonstrative Maßregel, als einen Wegweiser, den diese unterstützen werde. Seine Partei habe Vertrauen zur Reichsregierung, sie vertraue, daß sich die Versprechungen verwirklichen werden. Redner erklärt sich für das indirekte Steuersystem, das sich auch in Frankreich und Amerika bewährt habe. Zu dem Steuererlaß sei die Regierung vollkommen berechtigt gewesen. Dieser Erlaß sei um so gemäßigter, als wir in diesem Jahre einen wesentlichen Fortschritt im Extraordinarium zu verzeichnen hätten, für das 9 Millionen mehr disponibel seien, wie im Vorjahre. Die konservative Partei könne mit gutem Gewissen den Vorschlägen der Regierung zustimmen. Der Antrag Richter steht im Widerspruch mit der allgemeinen Gattung der Fortschrittspartei. Sonst war sie negirend, jetzt positiv, allerdings in der Negation des Erlasses, für dessen Ersatz sie keine Sorge trage. Das Volk werde dafür nicht dankbar sein. Bezüglich der Reform der direkten Steuern sei er der Meinung, daß die Kontingentirung der Klassensteuer das wahre Prokrustesbett sei. Die Fortschrittspartei frage freilich, wo bleibe die Gewerbesteuer. Ja, den kleineren Handwerkerstand wolle man erleichtern. Der große Gewerbebetrieb solle leer ausgehen. Darauf gingen die Agitationen der Fortschrittspartei hinaus. Wenn Richter gemeint habe, es hätte zu der Einigkeit der Finanzminister des Krieges von 1870—71 nicht bedurft, so weise er dies zurück. Unsere herrliche Armee habe nicht geblutet, um dem Abg. Richter zu einer billigen und unangebrachten Rhetorik zu verhelfen. Was die Wirthschaftsreform anlange, so ständen die Zölle in ihrer Wirkung gegen die Preisschwankungen weit zurück, so beim Petroleum, beim Getreide. Anstatt höherer Löhne hat man von dieser Wirthschaftspolitik Brod und Arbeit erwartet. Und in der That habe die Zollpolitik dem armen Mann Arbeit gebracht. Auf der linken Seite wolle man die einzelnen Stände dadurch aufreizen, daß man etwas versprochen habe den Arbeitern, den Lehrern, den unzufriedenen Beamten. Es sei das das reine Mädchen aus der Fremde! (Heiterkeit.) Schließlich werde das Mädchen aus der Fremde zur Jungfrau von Orleans, das an der Spitze der Unzufriedenen in den Krieg zieht (Gelächter). Mit Erregung von Unzufriedenheit werde man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, man arbeite damit der Sozialdemokratie in die Hände und werde es noch erleben, daß der „Jungfrau von Orleans" ein rothes Hemde übergeworfen wird. (Schallendes Gelächter.) Herr Richter spreche von Wortbruch! Wen klagt er des Wortbruches an? — Sie schweigen! (Gelächter. Abg. Richter: Ich schweige, weil ich zwei Stunden geredet habe! — Große Heiterkeit.) Redner ist der Ueberzeugung, daß die Regierung mit den bewilligten Mitteln das vorgesteckte Ziel erreichen und Steuererleichterungen schaffen wird. Nicht die konservative Partei sei eine stagnirende, sondern die Fortschrittspartei. Die konservative Partei repräsentire den Fortschritt. (Abg. Richter: Nach rückwärts! Große Heiterkeit.) Redner schließt sich in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Etats den Vorschlägen der Vorredner an.

Minister für die Landwirthschaft Dr. Lucius nimmt aus einigen Aeußerungen der Vorredner Veranlassung, einige Zahlen des Etats der Forst- und der Domänenverwaltung zu rechtfertigen. Der Aufschwung in den Holzpreisen sei zwar zum Theil auf Rechnung des letzten strengen Winters zu setzen; es sei aber doch auch beim Holzhandel ein wirklicher Aufschwung bemerkbar. Ihm sei wenigstens in Danzig versichert worden, daß in diesem Jahre das Holzgeschäft ein belebteres gewesen als im Vorjahre. Die erhöhten Holzpreise resultirten zum Theil auch aus dem erhöhten Holzbedarf in England, jedenfalls aber sei ein Aufschwung auf diesem Gebiete zu konstatiren. Was die Zusatzpositionen in der Domänenverwaltung anlange, so seien dieselben den thatsächlichen Verhältnissen durchaus entsprechend. Der Reform einer Branntweinsteuer stehe er sympathisch gegenüber. Aber die Bedenken, welche dieser Reform entgegenstehen, seien an sich nicht gehoben. Diese Frage werde jetzt eifrig studirt, aber in allerkürzester Zeit werde sie noch nicht zu Ende kommen. Der Minister giebt sodann eine kurze Uebersicht über die Ernteergebnisse des laufenden Jahres. In vielen Provinzen seien zwar die Mittelernten überschritten; im Großen und Ganzen sei aber in der Roggenernte ein Manko zu konstatiren, wenn auch ein erheblich geringeres als im Jahre 1879. Die Behauptung, daß die Höhe der Roggenpreise der veränderten Wirthschaftspolitik ihre Ursachen verdanken, sei absolut unzutreffend; die Preissteigerung sei einfach eine ganz naturgemäße Konjunktur, die aus der schlechten Ernte resultirt. Der Minister wendet sich sodann zu einigen Aeußerungen des Abg. Richter. Die Regierung habe ihr Versprechen in loyalster Weise eingelöst und rechne darauf, daß ihr das Vertrauen des Landes und der Volksvertretung für diese Maßregel nicht fehlen werde. Im Uebrigen, so schließt der Minister, giebt es Angriffe, auf welche ein Gentleman zu antworten verschmäht, auch wenn er nicht Minister ist (Beifall rechts).

Abg. v. Benda erkennt an, daß es im Interesse der Regierung und der Landesvertretung liege, die mittelbaren Verheißungen des Gesetzes vom 16. Juni d. J. sobald als möglich in Erfüllung gehen zu lassen. Aber andererseits müsse er doch sagen, daß er dabei nicht von der Voraussetzung ausgegangen, man müsse selbst durch Anleihen einen Steuererlaß decken, zunächst hätte doch das Gleichgewicht in unserem Etat hergestellt werden müssen. Herr Finanzminister Bitter freilich hat die Zuversicht ausgesprochen, daß unsere wirthschaftlichen Verhältnisse sich bereits soweit gebessert hätten, daß dieses Gleichgewicht sehr bald hergestellt sein werde. Herr Bitter habe dieses aber nur aus allgemeinen Betrachtungen hergeleitet, nach seiner (Redners) Meinung sei Niemand im Stande, heute schon die Wirkungen der Wirthschaftsgesetzgebung übersehen zu können. Aus diesem Grunde kann Redner auch dem Antrage Richter nicht zustimmen, denn dieser setze eine dauernde Verbesserung unserer wirthschaftlichen Zustände voraus und diese sei noch weniger zu konstatiren.

Abg. Hobrecht: Ich hatte mich eigentlich nicht zum Wort gemeldet; ich muß dem Abg. von Minnigerode aber entgegnen, daß ich die Vorlage meines Nachfolgers im Finanzministerium durchaus nicht getadelt habe. Ich bedaure, daß solche Gesinnungen in der konservativen Partei herrschen und daß solche Wahlsignale (ich spreche das Wort ungern aus) gegeben werden; freilich haben Sie es damit schon auf 107 Mitglieder gebracht (Rufe 108), nun Sie kommen vielleicht durch solche Reklame noch zur goldenen 110 (Heiterkeit), aber diese Art von Reklame ist nicht schön. Den Steuererlaß kann ich aus folgenden Gründen nicht befürworten. Man hat den Steuererlaß begründen wollen durch die gesteigerten Mehreinnahmen aus dem Reich und durch die geregelten Ausgaben in Preußen, die diesen Erlaß ermöglichen. Ich glaube aber gar nicht, daß wir vom Reich wirklich Geld überwiesen erhalten werden. Ich erinnere Sie an die Beträge, die der Reichstag arbiträr aus den neuen Zöllen herausrechnete; dieser Ertrag betrug exklusive Tabakssteuer circa 70 Millionen Mark Ueberschuß, betreffs des Tabaks nahm die Regierung selbst einen sehr geringen Ertrag an, nämlich 40 Millionen Mark, d. h. einige 20 Millionen Mark Ueberschuß über die frühere Einnahme; das sind also im Ganzen präter propter 100 Millionen Mark Mehreinnahme; nun sind etwa 50 Millionen Mark über die Voranschläge zu erwarten, das Reich hat aber erklärt, es wolle den Einzelstaaten zurückzahlen, was es über 130 Millionen Mark einnehme, denn so viel gebrauchte es selbst; also, meine Herren, von diesem geringen Ueberschuß wollen Sie für Preußen 14 Millionen Steuern erlassen? Wenn Sie also auf diese Rechnung einen Erlaß gründen wollen, so müssen Sie sich auf Mehrbewilligung gefaßt machen. Der zweite Grund lag in der verbesserten Finanzlage des Staates; es ist ja nun möglich, meine Herren, und ich glaube auch, daß Derartiges in Preußen eintreten könnte, aber vorläufig ist es noch nicht der Fall, der vorliegende Etat wenigstens zeigt nichts davon und was in einer Reihe von Jahren vielleicht eintreten wird, darüber können wir doch nicht jetzt schon disponiren; vom volkswirthschaftlichen also wie vom Standpunkt der Vorsicht ist der Erlaß von Steuern zu verwerfen; dieselben Bedenken habe ich, natürlich noch dringender, gegen den Antrag des Abg. Richter zu machen. Ich, meine Herren, habe nie gesagt, daß die Ueberschüsse in den Einnahmen zu Steuererlassen zu verwenden seien. Ich würde Alles, was ich früher gesprochen, verleugnen müssen, wollte ich sagen, daß ich der Ansicht bin, der dem Antrage zu Grunde liegende Gedanke sei richtig; es ist vielmehr dringende Veranlassung vorhanden, für stärkere Einnahmen für die Zukunft zu sorgen. Ich bin für die Erleichterung der direkten Steuer durch Erhöhung der indirekten, aber ich will auch hier wie früher die festen Grenzen festgestellt haben und das müssen wir abwarten. Wenn wir hier beschließen, daß jeder Pfennig indirekter Steuern zur Verminderung der direkten Steuer verwendet werden soll, so müssen wird doch andererseits genau wissen, woher diese Pfennige kommen sollen. Es muß deshalb eine Person im Land- und Reichstage den betreffenden Körperschaften gegenüber stehen, die lebhaft an den Verhandlungen Theil nimmt und stets in der Lage ist, Aufklärungen in jeder Beziehung zu geben. Wenn man einerseits dem Reichskanzler nicht eine so übergroße Arbeit zumuthen kann, so weiß ich auch andererseits nicht, ob es möglich sein wird, in der Person des Reichsfinanzministers die Vertretung der preußischen Finanzen zu vereinigen.

Finanzminister Bitter wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hobrecht. Wenn man meint, daß die Staatsregierung nur das Recht, nicht auch die Pflicht gehabt habe, aus einem Ueberschuß einen Steuererlaß zu schaffen, so stehe ich auf einem anderen Standpunkte. Ich hätte nie einem Verwendungsgesetze in anderem Sinne zugestimmt. Ich kann auch nicht dem Verlangen zustimmen, den Reichsfinanzminister mit dem preußischen Minister in einer Person zu vereinigen. Es wäre hierzu eine Verfassungsänderung nöthig, die ich ad hoc für unräthlich halte. Der Abg. von Huene sagt, daß er wünsche, das Haus möge den Erlaß entweder einstimmig annehmen oder einstimmig ablehnen. Diesen Wunsch halte ich für vollkommen berechtigt. Ich hoffe, wenn auch nicht auf Einstimmigkeit, so doch auf eine große Majorität. In dieser Hoffnung habe ich den Erlaß eingebracht.

Die General-Diskussion wird hierauf geschlossen und die Etats der indirekten Steuern, der direkten Steuern, der allgemeinen Finanz-Verwaltung, der Eisenbahn-Verwaltung, sowie das gesammte Extraordinarium, das Etatsgesetz und der Antrag Richter in die Budget-Kommission verwiesen.

Persönlich bemerkt Abg. Richter: Der Herr Landwirthschaftsminister habe seine Behauptungen nicht widerlegt und seine Revanche darin gesucht, auf eine Rede anzuspielen, die er (Abg. Richter), gar nicht im Hause gehalten habe, aber jeder Zeit im Hause zu vertreten bereit sei, er müsse dabei stehen bleiben, daß der Minister früher ein radikaler Freihändler gewesen sei. In seiner parlamentarischen Praxis sei dies der erste Fall, in welchem Gentlemen vom Ministertische her eine solche Polemik in unbegründeten Behauptungen geführt hätten.

Landwirthschaftsminister Dr. Lucius: Ich habe immer Anstand genommen, etwas persönlich zu bemerken, weil die Diskussion dadurch wieder eröffnet wird; der Abg. Richter hat mich aber heute zu einer persönlichen Bemerkung veranlaßt. Der stenographische Bericht mit der Rede des Abg. Richter liegt mir nicht vor, ich habe nur citirt, wie ich verstanden habe und danach hat er den zweiten Satz nicht vorgelesen, worin ich gesagt habe: es wäre unmöglich, daß der preußische Ministerpräsident desavouire, was er als Reichskanzler gesprochen. Was die weiteren Ausführungen anbelangt, so kann ich nur konstatiren, daß ich niemals ein radikaler Freihändler gewesen bin; auf den deutschen Hochschulen, die ich besucht habe, gab es keine freihändlerische Richtung und ich habe mich während meiner parlamentarischen Laufbahn immer als Finanzzöllner bestimmt und halte Finanzzölle nothwendig, wenn sie schützend auf die deutsche Industrie wirken.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Deckung der Defizits von 1878—79 und 1879—80 (5,006,000 M.)

Der Entwurf geht gemäß einem Antrage des Abg. Frhrn. v. Minnigerode gleichfalls an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation des Abg. von Cuny u. Gen. betreffend die Gerichtskosten, erste

Berathung des Gesetzes betr. die Rentenbanken, und Gesetz betreffend gemeinschaftliche Holzungen.

Schluß 3¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. November. In diplomatischen Kreisen macht ein vom Sultan dem deutschen Gesandten Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel gegebenes Diner wegen der besonderen Feierlichkeit, die der Sultan demselben verliehen hat, viel von sich reden. Die Türkei verdankt diesem Staatsmann, der die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und der Türkei zu Stande gebracht hat, die Einheit der Aktion bezüglich der griechischen und armenischen Frage, welche letztere nach Ansicht der Türken auf längere Zeit von der Tagesordnung verschwunden ist. Der deutsche Einfluß überwiegt zur Zeit vollständig in Konstantinopel, und der Sultan ist stolz darauf, intime Beziehungen mit der deutschen Regierung unterhalten zu können, deren Rathschläge ihn von der englischen Vormundschaft befreit haben.

— In der griechischen Nationalversammlung hat der Kriegsminister eine detaillirte Auskunft über die gegenwärtigen Zustände der griechischen Armee gegeben, aus denen nur zu deutlich hervorgeht, wie viel noch fehlt, um eine Armee von 60,000 Mann auf Kriegsfuß zu haben. Die Zahl der Männer, die unter Waffen standen, betrug am 28. Oktober in runder Summe 28,000, von denen 10,000 vollständig kriegsmäßig ausgerüstet und 17,000 mangelhaft bekleidet waren, während dem Rest so ziemlich Alles fehlte. Der Mangel an Instrukteurs machte den Unterricht nahezu unmöglich; die frühere Regierung hatte 2500 alte Soldaten nach Hause zurückgeschickt, was der Organisation der Armee schadete. Um diesen Uebelständen abzuhelfen, hat der Kriegsminister mehrere Vorschläge gemacht, welche die alten Offiziere und Unteroffiziere wieder in ihre Grade einsetzen sollen. Daß diese Vorschläge angenommen werden, darf heute schon als gewiß betrachtet werden, denn die Kammer hat den Ausführungen der Regierung, daß die griechische Nation einen Selbstmord begehen würde, wollte sie die Rüstungen jetzt einstellen, mit Enthusiasmus zugestimmt.

Ausland.

Wien, 13. November. Meldungen der „Pol. Korresp.":

Aus Konstantinopel: Die Pforte hat von Derwisch Pascha ziemlich befriedigende Nachrichten erhalten. Mehrere albanesische Häuptlinge sollen für die Abtretung Dulcignos gewonnen sein, jedoch sei die Stimmung der Massen noch immer feindlich. Die Pforte hat den meisten in Griechenland erscheinenden Zeitungen den Eingang in die Türkei untersagt.

Paris, 13. November. Heute fand die Prozeßverhandlung gegen die Klosterfreunde statt, welche am 5. November bei den Ausweisungen der nicht erlaubten Mönchsorden Kundgebungen gemacht haben. Eine Anzahl von Royalisten machte vor dem Gerichtshofe den Versuch, gewaltsam einzudringen, so daß man sich genöthigt sah, die Thüren zu schließen und die Wache zu verstärken. Bis jetzt wurden verurtheilt: Cochin zu einem Monat, Marquis Boisbebert, Baron Cassus, Vikomte Amelot zu 15 Tagen Gefängniß. Um 6 Uhr herrschte große Aufregung im Justizpalast und in dessen Umgebung.

Diesen Morgen wurde im Stadtviertel Montmartre eine Person verhaftet, die man für Walter, den Mörder des Apothekers Lagrange in der Vorstadt St. Honore, hält, auf den seit einem Jahre gefahndet wird.

Große Vorsichtsmaßregeln wurden im Palais Bourbon und in der Umgebung desselben getroffen. Viele Neugierige waren herbeigeströmt, wurden aber durch eine Hecke von Stadtsergeanten zurückgehalten. Der Sitzungssaal der Deputirtenkammer war um 2 Uhr gefüllt. Baudry d'Asson erschien mit Bourgeois vor dem Eingang zur Kammer. Baudry d'Asson sucht nicht einzudringen, sondern umarmt Bourgeois, der zum Sitzungssaal geht, und macht dann auf der Eintrachtsbrücke einen Spaziergang.

Der Ausschuß der Deputirtenkammer über die Cissey'sche Angelegenheit ist für die parlamentarische Untersuchung.

Das legitimistische Blatt „La Civilisation" wird wegen Beleidigung des Präsidenten der Republik, des Staatsraths und des Tribunals für Konflikte gerichtlich verfolgt.

Paris, 14. November. Der frühere Konseilpräsident Freycinet wird dem Vernehmen nach im Senate sich über die Ursachen seines Rücktrittes freimüthig vernehmen lassen, über die von ihm geführten Verhandlungen mit Rom jedoch nur mit Vorbehalt sprechen, im Uebrigen aber dem jetzigen Kabinette seine aufrichtige Unterstützung leihen. Die Klerikalen, welche Freycinet zu einem Werkzeuge ihrer Pläne zu machen gehofft hatten, werden sich in ihm getäuscht haben.

In Dogue wurden gestern die „pères gardistes" ausgewiesen; auch hier mußten die Thüren eingeschlagen werden. Die Ausweisung der Augustiner in Nimes wurde verschoben, weil der Obere des Klosters im Sterben liegt.

Die Rede, die Ferry am Freitag in der Deputirtenkammer hielt und die mit dem Vertrauensvotum der Kammer gekrönt war, ist heute in Paris und in den Departements durch Maueranschlag verbreitet.

Grevy gab gestern im Elysee ein Gastmahl, zu dem der Kronprinz von Dänemark nebst Gemahlin, die beiden Präsidenten der Kammern und sämmtliche Minister geladen waren.

Provinzielles.

Stettin, 16. November. Die gestrige Versammlung der Opposition und Bürgerpartei in dem Lohf'schen Lokale in der Oberwiek war überaus zahlreich besucht. In der Vorwahl für die aufzustellenden Kandidaten für die am Mittwoch stattfindende Stadtverordnetenwahl wurden zunächst Herr Bäckermeister F. Retzlaff, Apfelallee 35, und Herr Direktor Meyer, Falkenwalderstraße 20, mit großer Majorität aufgestellt. Als dritter Kandidat wurde Herr Brauereibesitzer O. J. Bohrisch von verschiedenen Seiten sehr warm empfohlen. Da in der Versammlung über die Parteistellung desselben indeß nicht völlige Klarheit herrschte, so wurde beschlossen, vor der definitiven Aufstellung Herrn Bohrisch um eine Erklärung darüber zu ersuchen. Herr Bohrisch hat dieser Bitte mit größter Bereitwilligkeit entsprochen und in einem uns vorliegenden Briefe erklärt, sich der Opposition in der Stadtverordnetenversammlung anschließen und mit dieser zur Beseitigung der jetzigen Uebelstände mitwirken zu wollen, auch bereit zu sein, eine Wahl im Sinne der Opposition anzunehmen. In Folge dessen wird also Herr Brauereibesitzer O. J. Bohrisch morgen gleichfalls als Kandidat der Opposition und Bürgerpartei aufgestellt werden. Es werden also Stimmzettel mit den Namen der drei Herren Bäckermeister Retzlaff, Direktor Meyer und Brauereibesitzer Bohrisch ausgegeben. Wir richten nun an alle Parteigenossen die Bitte, jetzt auch recht zahlreich zur Wahl zu kommen und für diese 3 Herren ihre Stimmen abzugeben, jede Zersplitterung aber vermeiden zu wollen.

— (Stadtverordneten-Wahl.) Nachdem gestern die Kandidaten der Opposition und Bürgerpartei mit etwa 30 Stimmen über ihre Gegner gesiegt hatten, stieg die Stimmenmehrheit, welche heute für den Kandidaten der Opposition, Herrn Rentier Harenberg, abgegeben wurden, auf über 70 Stimmen. Das heutige Wahlresultat gestaltete sich also für die Opposition und Bürgerpartei noch bedeutend günstiger als gestern. Herr Rentier Harenberg, der Wahlkandidat der Opposition und Bürgerpartei erhielt 238 Stimmen, der von der bisherigen Majorität der Stadtverordneten aufgestellte Herr Kürschnermeister Steidel brachte es nur auf 164 Stimmen. Der Kandidat der Opposition und Bürgerpartei, Herr Harenberg, ist somit gewählt. Das Wahlresultat ist um so erfreulicher, als dieser Wahlbezirk für einen der Bürgerpartei verhältnißmäßig ungünstigen gilt. Vor zwei Jahren waren hier die Kandidaten der Bürgerpartei unterlegen; um so bezeichnender ist dieser Umschwung in der Stimmung der Stadt. Hoffentlich erlahmt die Partei nicht in ihrem Eifer, sondern fährt fort, mit steigenden Majoritäten zu siegen.

— Im Stadttheater beginnt Friedrich Haase nächsten Sonnabend ein kurzes Gastspiel in den Stücken: „Sie ist wahnsinnig" und „Eine Partie Piquet".

Stettin, 16. November. Der § 36, Theil II. Titel 12 des preußischen Allgemeinen Landrechts bestimmt, daß auf einem Gute, auf welchem eine Schule sich befindet, gewachsene oder gewonnene Materialien, soweit selbige hinreichend vorhanden, zu nothwendigen Schulbauten verabfolgt werden sollen. Diese Bestimmung setzt, nach einem in Uebereinstimmung mit dem Oberlandesgericht zu Posen ergangenen Erkenntniß des Reichsgerichts, IV. Civilsenats, vom 7. Oktober d. J., voraus, daß beide Arten von Materialien überhaupt vorhanden und in von der Schule beanspruchtem Umfange der Gutsherrschaft entbehrlich sind, und daß die forstwirthschaftliche Benutzung des Gutswaldes die beanspruchte Entnahme von Bauholz gestattet. Kann beispielsweise der Gutswald bei forstwirthschaftlicher Ausnutzung alljährlich nicht das zu den nothwendigen Gutsbauten erforderliche haubare Holz liefern, so ist der Schulvorstand nicht berechtigt, die zum Schulbau nöthigen Hölzer aus jenem Walde zu entnehmen.

— Wie wir hören, wird am nächsten Montag, dem hundertsten Geburtstage Conradin Kreutzer's, welchem die deutsche Sängerwelt so manch inniges, mächtig ergreifendes Lied verdankt, vom Sängerchor des hiesigen Handwerker-Vereins unter gütiger Mitwirkung der Jancovius'schen Kapelle ein großes Vokal- und Instramental-Konzert im Wolff'schen Saale veranstaltet werden, in welchem vorwiegend Kreutzer'sche Kompositionen zum Vortrage kommen sollen. Der Reinertrag wird dem hiesigen Komitee für Gründung eines Beschnitt-Grabdenkmals überwiesen werden.

— Das Restaurant des Garten-Etablissements „Stadtpark" ist wieder in die Hände des als tüchtigen Wirth bekannten Herrn Eyssenhardt übergegangen. Wie wir erfahren, soll auf dem Grundstück ein größerer Saal gebaut werden, damit auch im Winter daselbst Konzerte veranstaltet werden können.

† **Tempelburg**, 13. November. Am 10. d. M. fand hierselbst der November-Vieh- und Pferdemarkt statt, der Verkehr war nicht sehr lebhaft und ging der Handel im Allgemeinen nur matt. Rindvieh erzielte nur mäßige Preise und wurden Mittelkühe mit 80—120 Mark, gute dagegen mit 120—150 M. bezahlt. Vorgestern wurde hier der große Martini-Krammarkt abgehalten und waren Buden und Krämer in großer Zahl vorhanden, auch fehlte es an Käufern nicht, so daß die Menschenmassen hin- und herwogten, doch wurde auch hier von den meisten Verkäufern über geringe Einnahmen geklagt. — Auf dem ¾ Meilen von hier gelegenen, zu dem Dominium Draheim gehörigen Vorwerk sind zufolge Bisses eines tollen Hundes mehrere Fersen an der Tollwuth erkrankt und bereits getödtet, auch soll der Schäfer daselbst seine Kuh an dieser Krankheit eingebüßt haben. Wie verlautet, hat Herr Thierarzt Werner aus Bärwalde bei dem betreffenden Vieh die Krankheit konstatirt.

Barth, 14 November. Welche Schwierigkeiten bei Sturm und Regen der Verbindung der Orte Zingst und Prerow mit dem Festlande entgegenstehen, zeigte sich heute wieder zur Genüge. Zwei Stralsunder Kaufleute waren genöthigt, in Geschäften Zingst zu besuchen. Da sich aber kein Fischer dazu herbeiließ, bei dem herrschenden Sturme sie über den Bodden zu setzen, mietheten sie ein Fuhrwerk, um nach Bresewitz zu fahren, von wo sie nach Timmen-Ort überzusetzen gedachten. Doch gelangten sie nur eine kurze Strecke über Pruchten hinaus. Hinter diesem Dorfe blieb der Wagen im grundlosen Wege stecken und die beiden Reisenden mußten ihre Absicht aufgeben. Hoffentlich wird auf dem nächsten Kreistage endlich die Frage einer festen Verbindung mit unserem Vorlande endgültig entschieden werden.

Vermischtes.

— Wem gebührt der Arm, der Schwiegermutter oder der Gattin, wenn man sich mit beiden in Gesellschaft befindet? Diese Frage hat vor einiger Zeit der Pariser „Figaro" in seiner Abtheilung „Echo de Paris" an seine Leser gestellt und die Nummer vom 10. November bringt eine Reihe von Antworten, die unsern „Knigge" um ein interessantes Kapitel bereichern. Da räth ein unglücklicher an der „Socritis" erkrankter Ehemann: „Unter allen Umständen der Schwiegermama. Denn — wenn es das Schicksal will, daß sie ausgleitet, sich ihr Kleid zerreißt, sich ein Bein bricht, oder überfahren wird: der Schwiegersohn würde den Schaden zu tragen haben — das wäre entsetzlich." Ein entschieden noch sehr junger Ehemann erlaubt sich die schüchterne Einwendung: „Wenn es denn die gute Sitte erheische, in dem gegebenen Fall der Schwiegermutter den Arm zu bieten, so müsse doch jene Periode des Ehelebens, welche gemeiniglich der Honigmond genannt werde, eine Ausnahme gestatten, weil in dieser Zeit die Etikette vor den Eingebungen des Herzens zurückstehe." Ein Schlauberger wählt sich einen besonderen Fall, um die Pflicht des Gemahls, den Arm der Gattin zu geben, nachzuweisen. Er meint, wenn man beispielsweise des Nachts aus dem Theater käme, würde die Jugend der Gattin, wenn sie allein ginge, sie möglicherweise Einflüsterungen aussetzen, da sie niemals besser vernähme, während der Schwiegermutter, Dank ihrer größeren — Erfahrung, die Gefahr, dergleichen zu hören, minder droht. — Der Gelehrte des „Figaro" weiß aber sehr wohl, daß es auch Schwiegermütter ohne solche Reife der Erfahrung geben kann und darum schließt er die Debatte mit der Bemerkung: Der Arm gebührt der Schwiegermutter — unter dem Zugeständniß, versteht sich, daß sie älter ist als ihre Tochter.

— In London gilt es bekanntlich als eine große Ehre, von einer der dortigen alten und reichen Gilden der Fischhändler, der Schneider und Kleiderhändler 2c. zum Ehrenmitgliede erwählt werden. Prinzen und Staatsmänner haben diese Ehre angenommen und an den Festtafeln der Gilden ihren Dank dafür ausgesprochen. Dieser Tage wurde nun auch die durch ihre große Wohlthätigkeit ausgezeichnete Baronin Burdett-Coutts, die reichste Dame Englands, zum Ehrenmitgliede der Londoner Bandkrämergilde (Haberdashers Company) ernannt. Eine solche Auszeichnung ist bisher noch nie einer Frau zu Theil geworden.

Literarisches.

In der letzterschienenen Nr. 33 des „Deutschen Handels-Archiv" in Berlin veröffentlicht das Königl. preußische Handels-Ministerium einen wichtigen Bericht über die wachsende Bedeutung des deutschen Handels mit Japan, aus welchem sich z. B. ergiebt, daß auf die in Yokohama ansässigen Deutschen 20½ Prozent des dortigen Gesammthandels im Jahre 1879 entfallen. Der Berichterstatter berechnet, daß der Werth der in jenem Jahre aus Deutschland bezogenen Waaren etwa 7 Millionen Mark betrug und weist die Absatzfähigkeit der deutschen Produkte in Japan im Einzenen nach.

Viehmarkt.

Berlin, 15. November. Es standen zum Verkauf: 1691 Rinder, 9046 Schweine, 1084 Kälber, 3412 Hammel.

Rinder, beste Waare zu 60—63 Mark lebhafter, in anderen Qualitäten schwer zu placiren, Prima 51—53, Sekunda 46—48 und Tertia 35—37 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine, gedrückter Handel, beste Mecklenburger 58—60, schwere Landschweine 54—56, leichte 49—51 und Russen 43—46 Mark pro 100 Pfund lebend Gewicht bei einer Tara von 20 Prozent. Bakuner 54—56 Mark bei 100 Pfund lebend Gewicht und 45—50 Pfund Tara.

Kälber, in bester Waare schnell zu 50—60 Pf. begeben, in anderer zu 25—45 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht vernachläßigt.

Hammel, bei 35—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht nur in feinster Qualität gut beachtet.

Telegraphische Depeschen.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern nahm ferner die Resolution betreffend das fakultative Verbot der Haltung von Lehrlingen für nicht gewerbsmäßig gebildete Lehrmeister nach den Beschlüssen des Reichstages vom 5. Mai d. Js. mit einigen Modifikationen an.

Eisenach, 15. November. Die Versammlung von Delegirten deutscher Gewerbekammern nahm im Verlaufe der Verhandlung einen Antrag auf Errichtung von Gewerbekammern in allen deutschen Staaten an; für Preußen soll eine Gewerbe-Abtheilung innerhalb der Handelskammern errichtet werden. Sodann wurde für den Volkswirthschaftsrath die Vertretung des Gewerbes beantragt.

Frankfurt a. M., 15. November. Der Kronprinz und die Kronprinzessin trafen heute Vormittag 10 Uhr, von Wiesbaden kommend, inkognito hier ein, besuchten die Kunstgewerbeschule, die permanente Ausstellung des mitteldeutschen Kunstgewerbevereins und die Kunstsammlung des Herrn Joseph Milani. Nachmittags kehrten die hohen Herrschaften wieder nach Wiesbaden zurück.

Pest, 15. November. Unterhaus. Pech richtete eine Interpellation an die Regierung über die in Klausenburg seitens zweier Offiziere begangenen Ausschreitungen gegen den Klausenburger Redakteur Bartha. Der Minister-Präsident Tisza erklärte unter mehrfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Linken, daß allerdings Ausschreitungen vorgekommen seien; der Gerichtshof habe sofort die Untersuchung eingeleitet, um den Thatbestand der Ausschreitungen festzustellen. Das Militärkommando in Hermannstadt lasse die Angelegenheit durch eine gemischte, aus Militärpersonen und Bürgern bestehende Kommission untersuchen; die Thäter seien bereits verhaftet. Der Minister versicherte, daß die Schuldigen nach Maßgabe des Resultates der Untersuchung mit erforderlicher Strenge bestraft werden würden, er warne aber davor, wegen Ausschreitungen Einzelner gegen eine ganze Körperschaft aufzureizen. Die Antwort wurde vom ganzen Hause zur Kenntniß genommen. Die Sitzung verlief sehr bewegt.

Agram, 15. November. Die Erdstöße haben sich nicht mehr wiederholt; die Bevölkerung beruhigt sich allmälig, die Bauthätigkeit beginnt.

Paris, 15. November. Das Tribunal von Toulouse hat das legitimistische Journal „Triboulet" wegen Verleumdung des Ministers des Innern und des Präfekten von Toulouse zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 12,000 Francs nebst Zinsen an den Minister des Innern und von 6000 Francs an den Präfekten verurtheilt.

Rom, 15. November. Die Deputirtenkammer und der Senat beschlossen eine zwanzigtägige Trauer für den verstorbenen Deputirten Baron Ricasoli.

Die Deputirtenkammer nahm das Demissionsgesuch der beiden Deputirten Garibaldi nicht an, bewilligte denselben aber einen dreimonatlichen Urlaub. Von Seiten des Ministeriums wurden verschiedene Gesetz-Entwürfe vorgelegt, darunter auch einer betreffend die Aufhebung des Zwangskourses.

Rom, 15. November. Der König und die Königin sind heute hierher zurückgekehrt und von den Ministern und den Spitzen der Behörden empfangen worden.

Ein Urtheil des Appellgerichtes bestätigt, daß die Güter der Kongregation der Propaganda veräußerlich seien.

London, 15. November. Aus Teheran wird gemeldet, die Kurden in der Umgegend der Stadt Soojbulagh hätten sich unterworfen und der Kurdenführer Hamzeh Agha wäre unweit Urumiah in Gefangenschaft gerathen. Taimur Pascha soll eine Position des Scheik Obeidullah bei Urumiah genommen haben, worauf der letztere 15 Meilen zurückgegangen sei.

London, 15. November. Dem heutigen Kabinetsrathe wohnten sämmtliche Minister bei, mit Ausnahme des Staatssekretärs des Krieges, Childers, und des Kanzlers des Herzogthums Lancaster, Bright.

London, 15. November. (B. Tgbl.) Der Zwiespalt im Kabinette wegen der Behandlung der irischen Frage tritt immer schroffer in die Erscheinung. Die Minister Chamberlain und Bright widersetzen sich nämlich jetzt sogar Gladstone's Erklärung von letzter Woche, wonach die Wiederherstellung der Autorität des Gesetzes allen Verbesserungs-Gesetzen vorhergehen müsse. Der radikale Flügel droht Abfall von der liberalen Partei, wenn irgend welche Repressiv-Maßregel vor dem Reformgesetz für die Landfrage eingebracht würde. Wahrscheinlich wird Gladstone bei gemäßigten Männern, halb Whigs, halb konservativen, wie Derby, Hilfe gegen die Radikalen suchen. Auf „Boycotts Farm" und Umgegend sind die Zustände noch immer gefährlich, wenngleich der Bürgerkrieg noch nicht in hellen Flammen ausgebrochen ist. Dabei sind Mord und andere Agrar-Verbrechen fortgesetzt in Uebung, selbst unschuldige Menschen kommen dabei ums Leben.

Petersburg, 15. November. Der bereits mitgetheilte Urtheilsspruch des hiesigen Militär-Kreisgerichts ist von dem zeitweiligen Kommandanten der Truppen des Petersburger Militärdistriktes, General Kostanda, mit einigen Milderungen bestätigt worden. Der Kaiser hat bei dreien von den fünf zum Tode verurtheilten Angeklagten, nämlich bei Schirajeff, Tichonoch und Okladsky, die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt. Es sind übrigens bei den Behörden, ähnlich wie bei früheren Prozessen, sowohl Drohungen wie anonyme Warnungen eingelaufen, laut deren die Nihilisten bei eventueller Vollstreckung der Todesurtheile einen neuen „Racheakt" gegen den Kaiser ankündigen respektive planen sollen. Man ist dieser Drohungen wegen hier übrigens durchaus nicht ganz ohne Besorgniß. (Berl. Tgbl.)